

„Beatriz: Sie wollte leben und glücklich sein“

In El Salvador wird jegliche Form von Schwangerschaftsabbruch kriminalisiert – bis hin zur Mordanklage

Interview mit den Anwältinnen und Psychologinnen der Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto en El Salvador“ (Frauengruppe für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs), San Salvador, 11.1.2024

Frage: Wie ist die aktuelle Situation der wegen Schwangerschaftsabbruch inhaftierten Frauen?

Agrupación Ciudadana: Uns ist es gelungen, alle 73 Frauen aus dem Gefängnis heraus zu bringen. Es ist also aktuell keine einzige Frau wegen Abtreibung mehr inhaftiert.

Frage: Glückwunsch! - Warum wird denn Abtreibung so rigide verfolgt in El Salvador?

Agrupación Ciudadana: Seit 1998 gibt es ein Gesetz, das jegliche Form von Abtreibung unter Strafe stellt. Aber nicht nur das, die Frauen werden auch massiv verfolgt und kriminalisiert. El Salvador ist eines der vier Länder in der Region, das Abtreibung unter Strafe stellt. Die anderen sind Honduras, Dominikanische Republik und Nicaragua.

Frage: Was ist das Besondere an der Situation in El Salvador?

Agrupación Ciudadana: Im Rahmen unserer Arbeit zur Unterstützung der Frauen haben wir eine Untersuchung unter dem Titel „Vom Krankenhaus ins Gefängnis“ gemacht. Dort haben wir festgestellt, dass 87 Frauen, die inhaftiert waren, aufgrund des Gesetzes kriminalisiert wurden. Das geschieht in den anderen Ländern faktisch nicht. Da bleiben die Frauen meist straffrei.

Frage: Ist die Rechtspraxis in El Salvador also eine andere?

Agrupación Ciudadana: Ja, denn eigentlich beträgt die Strafe für Abtreibung zwei bis acht Jahre. Aber die Frauen werden nicht wegen Abtreibung, sondern wegen versuchten Mordes oder Mordes verurteilt, weswegen das Strafmaß bei um die 25 Jahre liegt.

Frage: Was macht ihr gegen diese frauenverachtende Politik?

Agrupación Ciudadana: Unser feministischer Ansatz umfasst einerseits den Kampf um das freie Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper und andererseits die Abschaffung des Gesetzes zur Abtreibung. Hier unterstützen wir die Frauen auch mit juristischen Mitteln.

Frage: Könnt ihr zum speziellen Fall von Manuela etwas sagen?

Agrupación Ciudadana: Ja, sie wurde zu 30 Jahren Haft verurteilt, dann wurde bei ihr im Krankenhaus Krebs diagnostiziert und letztendlich ist sie im Gefängnis verstorben. Eine besondere Tragödie. Wir haben diesen Fall vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (CoIDH) gebracht. Dieser hat einerseits Entschädigungen für die Familie von Manuela festgelegt, also ökonomische Wiedergutmachung für ihre zwei Söhne und ihre Eltern. Außerdem wird El Salvador dazu verpflichtet im öffentlichen Schulunterricht Sexualerziehung anzubieten, die es bisher dort nicht gibt. Außerdem wurde der Staat dazu verpflichtet, dass medizinische Protokolle angefertigt werden, damit man genau nachvollziehen kann, was im Kontext des Schwangerschaftsabbruchs passiert ist und warum ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt wurde. Bisher ist es oft so, dass Ärzte die Frauen anzeigen und damit ihre medizinische Schweigepflicht verletzen.

Frage: Wieso tun die Ärzte das?

Agrupación Ciudadana: Das liegt daran, dass das Gesetz so verschärft wurde, dass der Arzt sich mit strafbar macht, wenn er von einem Abbruch weiß und diesen nicht öffentlich anzeigt. Das soll nun ebenfalls abgestellt werden.

Frage: Funktioniert das in der Praxis?

Agrupación Ciudadana: Nein, zwar sind diese Maßnahmen des Gerichtshofs für El Salvador bindend, aber die Protokolle etwa werden kaum umgesetzt, da die Ärzte sie nicht kennen oder diese im Krankenhaus aushängen, aber nicht befolgt werden. Das heißt, formell existieren die Maßnahmen, aber faktisch werden sie kaum angewandt.

Frage: Nimmt die Kirche Einfluss?

Agrupación Ciudadana: Ja, die Kirchen stecken auch dahinter, dass es keine Sexualerziehung gibt. Wir glauben auch, dass es Verhandlungen gab zwischen dem Erzbischof der katholischen Kirche und Präsident Bukele, dann zeitgleich mit der Streichung von Sexualerziehung in den Schulen gab es eine Anerkennung der Regierung durch die katholische Kirche.

Frage: Ist jetzt, da alle Frauen frei sind, eure Arbeit erst einmal beendet?

Agrupación Ciudadana: Auch wenn zurzeit keine Frauen im Gefängnis sind, geht die Kriminalisierung weiter. Wir haben zurzeit 20 Fälle. In 14 davon konnten wir erreichen, dass die Verfahren nicht aufgenommen wurden, aber in 6 Fällen weiß mensch noch nicht, was daraus wird.

Frage: Wie hat euer Kampf begonnen?

Agrupación Ciudadana: Ein besonderer Fall war 2013 die offizielle Anfrage von Beatriz an den salvadorischen Staat, eine Schwangerschaftsunterbrechung zu machen, weil es eine Risikoschwangerschaft war und ihr Leben auch auf dem Spiel stand. Dadurch wurde erstmals die breite Öffentlichkeit darüber informiert, was passiert. Und die Menschen haben sich gefragt, wie das sein kann, dass mensch keine Schwangerschaftsunterbrechung machen kann, obwohl das Leben der Mutter in Gefahr ist.

Frage: Wie ging es dann weiter?

Agrupación Ciudadana: Diesen Fall haben wir damals auch vor den Interamerikanischen Menschenrechts-Gerichtshof gebracht, weil es das erste Mal war, dass ein Abbruch Gegenstand eines Gerichtsverfahrens wurde. Das Verfahren vor dem COLDH kommt jetzt, zehn Jahre später, erst zur Entscheidung. Beatriz ist 2017 verstorben und ihre Eltern treiben die Sache weiter voran. Der Tod ihrer Tochter hatte mit dem Zwang zur Austragung des Kindes zu tun, da dadurch ihr Gesundheitszustand instabil wurde. Zudem hatte sie die Lupus-Krankheit, eine Autoimmun-Erkrankung, die zur Schädigung von Organen führt. Hinzu kamen sicherlich auch die schlechten medizinischen Bedingungen in öffentlichen salvadorischen Krankenhäusern.

Frage: Was versprecht ihr euch von dem neuen Urteilsspruch?

Agrupación Ciudadana: Wir hoffen, dass die Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofs uns noch einmal weiter voranbringt, wenn der salvadorische Staat erneut verurteilt wird. Vielleicht ist das ein Türöffner dafür, dass das Gesetz zur strafrechtlichen Verfolgung des Schwangerschaftsabbruchs gekippt wird.

Frage: Warum sind die 73 Frauen, von denen ihr eingangs sprach, nicht mehr im Gefängnis? Habe sie ihre Strafe abgesessen? Sind sie freigesprochen worden?

Agrupación Ciudadana: Das hat unterschiedliche Ursachen. Bei einigen haben wir die Neuverhandlung ihrer Strafen erreicht. Anderen wurde Haftermäßigung gewährt. Mit legalen Mitteln haben wir also erreicht, dass sich die Situation erheblich verbessert hat. Es sind ja auch nicht alle zu 25 Jahren verurteilt worden. Manche haben ihre Strafen auch abgesessen oder konnten nach Zwei-Drittel-Verbüßung das Gefängnis verlassen.

Frage: Was können Gruppen in Deutschland tun, um euch zu unterstützen?

Da möchten wir auf den Fall von Beatriz hinweisen, weil das aktuell der Fall ist, an dem wir das Problem der Kriminalisierung von Abtreibung in El Salvador öffentlich zu machen. Je mehr Menschen weltweit die Petition unterschreiben und den Fall öffentlich machen, umso besser.

Frage: Ich habe gehört, dass sich ein salvadorischer Arzt für Beatriz stark eingesetzt hat.

Agrupación Ciudadana: Ja, er konnte es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, was Beatriz angetan wurde. Inzwischen musste er das Land verlassen, weil er stark unter Druck gekommen ist.

Frage: Welche Form von Solidarität braucht ihr noch?

Agrupación Ciudadana: Wichtig ist es auch, dem Interamerikanischen Gerichtshof den Rücken zu stärken. Er wird von rechten Gruppen zurzeit stark angegangen: er unterstütze Abtreibungen, sei gegen das Leben. Deshalb ist es wichtig, mit diesen Richter*innen solidarisch zu sein.

Interview: Tom Beier